Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. „Wie die USA im Zweiten Weltkrieg“
2. Energiekrise: Auf Kosten der Schwächsten
3. Wieso viel Windstrom im Norden in Baden-Württemberg zu Stromsparaufrufen führt
4. In Würde wühlen
5. „Nachbarn im Herzen“
6. Das Trauma von 1948
7. Der Mord an General Soleimani – Zündung für die multipolare Weltordnung
8. Linke Mythen über Lindners Aktienrente: Warum Linke die Aktienrente aus den falschen Gründen verteufeln
9. Ausbeutung am Limit: Superreiche als Krisengewinner
10. Die bittere Bilanz der EU-Sanktionen
11. Emmanuel Todd: Der Dritte Weltkrieg hat bereits begonnen
12. Neue Spionageschiffe: Teurer Auftrag trotz “erheblicher Bedenken”
13. Diskussion um Gewaltvorwürfe in Lützerath
14. Talkshows dienten einst der Show und der Meinungsbildung. Spätestens seit der Flüchtlingskrise geht es meist um die richtige Haltung, wie bei Anne Will

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **„Wie die USA im Zweiten Weltkrieg“**
   Die deutsche Rüstungsindustrie, Berliner Militärpolitiker und implizit auch die NATO äußern klare Erwartungen an den Nachfolger der gestern zurückgetretenen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Im Zentrum steht dabei die Forderung nach massiver Aufrüstung und dem Bau neuer Waffenfabriken, um die Ukraine

langfristig mit Kriegsgerät aller Art ausstatten und zugleich die geschrumpften eigenen Waffenlager auffüllen zu können. Besondere Bedeutung wird zur Zeit der Herstellung von Munition beigemessen: Nach NATO-Angaben verschießen die ukrainischen Streitkräfte bis zu 10.000 Artilleriegeschosse pro Tag, gut zwei Drittel der US-Monatsproduktion (14.000). „Politik und Industrie" müssten nun „gemeinsam einen Plan entwickeln, welche neuen Produktionslinien wir brauchen", verlangt die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl. In der NATO heißt es, man benötige „Veränderungen" wie in den USA im Zweiten Weltkrieg: Seien diese damals mit kaum 2.000 Militärflugzeugen in den Krieg gezogen, so hätten sie bis 1945 300.000 neue gebaut. Högl fordert zur Bewältigung der Rüstungspläne eine Aufstockung der Militärkredite („Sondervermögen") von 100 auf 300 Milliarden Euro.
Quelle: German Foreign Policy

2. **Energiekrise: Auf Kosten der Schwächsten**
So unterschiedlich können Energiesparmaßnahmen sein: In Deutschland sind die Haushalte jetzt aufgerufen, die Heizung nicht den ganzen Tag über laufen zu lassen und die Raumtemperatur in den Büros öffentlicher Gebäude auf 19 Grad zu beschränken. Dagegen helfen dicke Socken und ein warmer Pulli. In Bangladesch wiederum mussten Anfang Oktober 130 Millionen Menschen einen halben Tag lang ohne Elektrizität auskommen. Mit Ausnahme einiger Teile im Nordwesten lag das gesamte Land im Blackout, nachdem als „Sparmaßnahme" die meisten Kraftwerke des Landes abgeschaltet worden waren.
Es war nicht der erste Blackout oder Brownout in diesem Jahr. Bereits mehrfach standen Fabriken still, das Internet fiel aus, Einkaufszentren und Märkte mussten auf Anordnung der Behörden schließen, und die Moscheen wurden angewiesen, die Klimaanlagen nur während der fünf täglichen Gebete laufen zu lassen.
Auf der Suche nach den Ursachen landet man ziemlich schnell bei den großen Flüssiggastankern, die Bangladeschs Kraftwerke mit Brennstoff versorgen. Das Land bestreitet fast drei Viertel seiner Stromerzeugung mit gasbefeuerten Kraftwerken. Doch seit dem Ausbruch des Ukraine-kriegs können die Energieversorger sich das Gas nicht mehr leisten. Die Europäer, allen voran Deutschland, decken sich in den USA, in Katar und Australien mit Flüssiggas ein, um die Ausfälle bei den Erdgaslieferungen aus Russland halbwegs zu kompensieren – zu nahezu jedem Preis.
Die meisten Länder des Südens können da nicht mehr mithalten.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

3. **Wieso viel Windstrom im Norden in Baden-Württemberg zu Stromsparaufrufen führt**
Am Sonntag bat Netzbetreiber TransnetBW darum, von 17 bis 19 Uhr möglichst wenig Strom in Baden-Württemberg zu verbrauchen – weil im Norden viel Wind blies.

Am Sonntag musste der Netzbetreiber TransnetBW die Bevölkerung in Baden-Württemberg dazu aufrufen, am frühen Abend möglichst wenig Strom zu verbrauchen. Haushaltsgeräte sollten ruhen, Elektrofahrzeuge möglichst nicht geladen werden, andere Geräte – wie etwa Notebooks – ihren Akku nutzen.
Aufgrund von viel günstigem Windstrom in Norddeutschland fuhren Energieversorger weiter südlich teilweise andere Kraftwerke wegen einer zu schlechten Profitabilität herunter. Zugleich konnte aufgrund des noch nicht ausreichenden Netzausbaus der günstige Windstrom aus dem Norden nicht in nötiger Menge bis in den Süden durchgeleitet werden.
Nötig werden in solchen Situationen dann Redispatch-Maßnahmen, um die Versorgung und die Netzstabilität zu gewährleisten. TransnetBW bewältigte das Verfahren, das keineswegs ungewöhnlich ist, mit einem Mix aus Markt- und Reservekraftwerken sowie Stromimporten aus dem Ausland – wie viel Strom genau aus dem Ausland bezogen wurde, will das Unternehmen am heutigen Montag mitteilen.
Quelle: Heise Online

dazu: **Drohende Stromausfälle: Bundesnetzagentur will Laden von E-Autos beschränken**
Eigentlich sollten E-Autos und Wärmepumpen einen ganz erheblichen Teil zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen. Doch jetzt werden die gefeierten Heilsbringer zur Bedrohung der Infrastruktur und könnten das Stromnetz überlasten. Davor warnt Klaus Müller, Chef der Bundesnetzagentur in Bonn, die Verbraucher, wie kreiszeitung.de berichtet. (…)
„Wenn weiter so viele neue Wärmepumpen und Ladestationen installiert werden, dann sind lokale Strom-Ausfälle im Verteilnetz zu befürchten, falls wir nicht handeln“, sagte Müller der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Er soll bereits durch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) damit beauftragt worden sein, sich diesem Problem anzunehmen, heißt es in dem Bericht.
Quelle: Merkur.de

Anmerkung Christian Reimann: *Ach was, wer konnte denn so etwas ahnen? Elektrogeräte – ebenso Prozesse der Digitalisierung – verbrauchen tatsächlich Energie, was bereits in der Schule gelernt werden kann. Grüne Ideologie sowie die Absichten und Pläne insbesondere aus dem Hause des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz treffen – mal wieder – auf die Realität. Mögliche Folge: Erst werden die E-Autos vom Staat gefördert, demnächst müssen die Käufer wohl laufen.*

4. **In Würde wühlen**

Na, wer sagts denn: Die Grünen und die Liberalen haben ja doch ein Herz! Auch sie haben nun soziale Themen im Fokus: Containern, also im Abfall von Supermärkten zu wühlen, soll nämlich laut beiden Parteien endlich straffrei werden. Mehr Weggeschmissenes für alle, die sich nicht mehr leisten können!
Endlich mal eine richtig gute Nachricht: Die kleinen Ampelmännchen sind sich einig – FDP und Grüne wollen das Containern straffrei stellen. Wer künftig im Müll anderer Leute oder Supermärkte buddelt, soll keine Strafe mehr fürchten müssen. Es sei denn, es liegt ein Hausfriedensbruch vor. Bislang wurden Menschen, die sich weggeschmissene Lebensmittel aneigneten, strafrechtlich verfolgt. Aber die gute Menschen der Ampelkoalition möchten in keinem Staat mehr leben, in dem nicht jeder straffrei an Weggeschmissenes kommt. So viel soziales Gewissen haben sie dann doch. Natürlich verweist man auf die Lebensmittelverschwendung, der man so entgegentreten würde. Warum gute Lebensmittel nicht denen ohne Strafe zukommen lassen, die sie brauchen können? Das ist Sozialstaat 3.0: Nach der Armenspeisung, die wir heute Tafel nennen, jetzt der Müllcontainer. Ganz pragmatisch und liberal. Was sich hier zeigt ist der sattgefressene Pragmatismus von Leuten, die es als soziale Errungenschaft sehen, einem Obdachlosen eine Pfanddose zu überlassen – und die sich dafür feiern lassen.
Quelle: neulandrebellen

5. **„Nachbarn im Herzen“**
   Die Bundesregierung unternimmt zum wiederholten Mal einen Anlauf, um ihren schrumpfenden Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent zu konsolidieren. Ende vergangener Woche hielt sich Außenministerin Annalena Baerbock gemeinsam mit ihrer französischen Amtskollegin Catherine Colonna in Äthiopien auf, um die Wiederannäherung an das Land voranzutreiben. Berlin hatte sich – im Verbund mit den anderen westlichen Staaten – während des Krieges im Norden Äthiopiens offen gegen Addis Abeba gestellt und sucht nach Abschluss der Friedensvereinbarungen, die von der Afrikanischen Union erzielt worden waren, seine Position in der äthiopischen Hauptstadt wieder zu verbessern. Baerbock erklärt Äthiopien nun zum „Nachbarn im Herzen“, das Deutschland heute „als Freund, nicht als Absatzmarkt“ betrachte. Die grotesken Äußerungen gehen mit dem Versuch einher, mit Hilfe einer ukrainischen Getreidespende einen Keil zwischen Äthiopien und Russland zu treiben. Addis Abeba kooperiert nicht nur seit Jahren eng mit Beijing; es hat während des Kriegs auch seine Beziehungen zu Moskau spürbar intensiviert.
   Quelle: German Foreign Policy
6. **Das Trauma von 1948**
   Wie sich palästinensische und jüdische Israelis an die Nakba erinnern
   Es gab eine Zeit frischer, klarer Erinnerung, so klar wie der Himmel des Wintertags in

der Novelle „Ein arabisches Dorf“. Sie erschien in Israel 1949, kaum ein Jahr nach der Staatsgründung.
Auszüge: „Wir sind gekommen und haben geschossen, niedergebrannt, gesprengt, verdrängt, vertrieben und verbannt. Wagen, Transporte. Woran erinnert dich das … Juden werden umgebracht. Europa. Jetzt sind wir die Herren. – Mit Hurra werden wir Wohnraum schaffen und Einwanderer eingliedern. Man wird die Felder pflügen und säen und abernten, ja wird Großes leisten. Es lebe das hebräische Chisa! Wer würde noch auf den Gedanken kommen, dass es einmal ein Chirbet Chisa gegeben hat, dass wir vertrieben und auch geerbt haben. – Meine Eingeweide schrien. Lüge schrie es in mir. Noch nie hat ein Maschinengewehr, Marke Spandau, irgendein Recht geschaffen. – In meinem Inneren stürzte etwas mit betäubender Wucht zusammen.“1
Ein schmales Büchlein, geschrieben aus Sicht eines jungen Beteiligten an den Ereignissen des Jahres 1948. Der Verfasser S. Yishar, eigentlich Yizhar Smilanski, war kein Außenseiter; als preisgekrönter Schriftsteller gehörte er später lange der Knesset an. Anspielungen auf den Holocaust, auf die Verflochtenheit von Genozid, Staatsgründung und der Entwurzelung eines anderen Volks fanden sich damals bei einer Reihe von Dichtern und Poeten, der Prominenteste war Abba Kovner, polnischer Partisan, Schoah-Überlebender, später Zeuge im Eichmann-Prozess.2 Und vereinzelt weigerten sich jüdische Ankömmlinge aus Europa, Überlebende auch sie, in Häuser zu ziehen, wo die Teller jener anderen Geflohenen noch auf dem Tisch standen.
Zu wissen, dass es in Israel eine Zeit gab, in der klar und humanistisch die eigene Beteiligung am Inhumanen benannt wurde, war mir eine Hilfe, als ich mich auf die Suche nach verscharrter Erinnerung und verscharrter Humanität machte.
Quelle: LMd

Anmerkung unserer Leserin M.: *Fundiert und sensibel beschreibt Charlotte Wiedemann. Man erfährt anhand plastischer Beispiele, wie der jüdisch-israelische Mainstream daran arbeitet, über Details der palästinensischen Tragödie unwissend zu bleiben – “erworbene Blindheit” nennen dies einige Wissenschaftler. Und wie die Nachfahren Vertriebener palästinensischer Dörfer ihre Erinnerung hochhalten. Ein wirklich bewegender, hochaktueller Artikel.*

7. **Der Mord an General Soleimani – Zündung für die multipolare Weltordnung**
Flughafen Bagdad, 3. Januar 2020, 00:52 Uhr Ortszeit. Die Ermordung von General Qassem Soleimani, Kommandeur der Quds-Truppen des Korps der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC), zusammen mit Abu Mahdi al-Muhandis, dem stellvertretenden Kommandeur der irakischen Haschd al-Schaabi, durch lasergelenkte AGM-114-Hellfire-Raketen, die von zwei MQ-9-Reaper-Drohnen abgefeuert wurden,

war tatsächlich weniger eine Kriegshandlung als ein Mord.
Der Drohnenangriff auf den Flughafen von Bagdad, der direkt vom Entertainer/Unternehmer Donald Trump genehmigt wurde, der damals den Hegemon regierte, stellte einen imperialen Akt dar – konzipiert als krasse Provokation, um eine iranische Reaktion hervorzurufen, der man dann mit dem Vorwand der "Selbstverteidigung" begegnen konnte, verpackt als "Abschreckung".
Das Sperrfeuer des westlichen Narrativs bezeichnete die Tat als "gezielte Tötung": eine präventive Operation, mit der angebliche Pläne von General Soleimani für "bevorstehende Angriffe auf US-Diplomaten und -Truppen" durchkreuzt wurden. Es wurden keinerlei Beweise vorgelegt, um diese Behauptung zu untermauern.
Jeder, nicht nur entlang der Achse des Widerstands in Teheran, Bagdad, Damaskus und bei der Hisbollah, sondern im gesamten globalen Süden, war sich bewusst, dass General Soleimani von 2014 bis 2015 den Kampf gegen ISIS im Irak anführte und dass er maßgeblich an der Rückeroberung von Tikrit im Jahr 2015 beteiligt war. Das war seine wahre Rolle – er war ein wahrer Krieger des Krieges gegen den Terror, nicht des Krieges für den Terror. Für das Imperium war es ein Gräuel, dass seine Aura sogar weit in die Länder des sunnitischen Islams hineinstrahlte.
Quelle: RT DE

8. **Linke Mythen über Lindners Aktienrente: Warum Linke die Aktienrente aus den falschen Gründen verteufeln**
   Christian Lindner bekommt seinen Wunsch erfüllt. Der Staat geht dieses Jahr mit zehn Milliarden Euro an die Börse. Wie das geht? Der Finanzminister verkauft Staatsanleihen im gleichen Wert und lässt das Geld von der öffentlich-rechtlichen Stiftung KenFo anlegen. Nicht Lindner bestimmt also, wie angelegt wird, sondern die Stiftung. Lindner gibt aber die Regeln vor: Aktien sollen erlaubt sein und Nachhaltigkeitskriterien eine Rolle spielen. Das Risiko für eventuelle Verluste trägt der Bund, versichert Lindner, als er sein Konzept vorstellt. […]
   Weder Liberale noch Linke sind mit der Aktienrente glücklich. Liberalen geht sie nicht weit genug, Linken hingegen geht sie schon längst zu weit.
   Mit der Aktienrente aus dem FDP-Wahlprogramm hat das, was Lindner angekündigt hat, auch nicht mehr viel zu tun. Die FDP wollte, dass sich die Bürger direkt mit einem Teil ihrer eigenen Rentenbeiträge am Kapitalmarkt beteiligen und so von den Renditen profitieren können. »Echtes Eigentum für die Altersvorsorge« lautete der Plan, Schweden war das große Vorbild. Davon ist nichts übrig. Vorerst zumindest.
   Arbeitsminister Hubertus Heil, der formal für die Rente verantwortlich ist, stellt klar: »Mir ist wichtig zu sagen: Wir legen keine Sozialversicherungsbeiträge an.« Die Aktienrente ist eigentlich keine mehr. Deshalb versucht sich Lindner auch im Namenswechsel – »Generationenkapital« nennt er es jetzt.

Was die FDPler vermissen, sehen einige Linke schon als Problem. Allerdings häufig aus den falschen Gründen.
Quelle: Maurice Höfgen

9. **Ausbeutung am Limit: Superreiche als Krisengewinner**
Es ist mal wieder Weltwirtschaftsforum – und damit auch Zeit für die routinegemäße Vorlage eines Oxfam-Berichts zur sozialen Ungleichheit auf der Welt, der wieder einmal anhand drastischer Zahlen zeigt, dass die Wohlstandsverteilung noch polarisierter ist als im Jahr zuvor. »Die Reichen werden immer reicher; die Armen immer ärmer«, – eine Aussage, die seit Jahrzehnten gültig ist. Und im Zeitalter des multiplen Dauerkrisenkapitalismus nimmt die Ungleichheit immer rasanter zu. Die Krisen werden nicht nur häufiger, sondern auch heftiger, und immer sind es die Schwachen, die die Zeche zahlen, während sich die Starken schamlos weiter bereichern. Diesmal liest sich der Oxfam-Report so: Seit 2020 hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund zwei Drittel des globalen Vermögenszuwachses kassiert (63 Prozent). Derweil leben 1,7 Milliarden Beschäftigte in Ländern, in denen die Lohnentwicklung die Inflation nicht ausgleicht, die Löhne also schrumpfen. Der Schuldendienst der ärmsten Länder übersteigt deren Gesundheitsausgaben um das Vierfache. Und 828 Millionen Menschen – zehn Prozent der Weltbevölkerung – leiden an Hunger. Besonders fette Profite haben derweil die internationalen Energie- und Lebensmittelkonzerne gemacht, woran sich sehr schön zeigen lässt, wie im Rahmen der kapitalistischen Weltordnung das Leid des einen der Profit des anderen ist.
Quelle: junge Welt
10. **Die bittere Bilanz der EU-Sanktionen**
Die Sanktionen wirken, Russland verliert den Krieg – oder mindestens den Energiekrieg! Wie oft haben wir das im vergangenen Jahr gehört? Nun liegen erste Zahlen aus 2022 vor – die Bilanz fällt bitter aus.
Erst sollten sie den Krieg verhindern. Dann sollten “Russland ruinieren”. Kurz darauf hieß es, die Sanktionen würden “Putins Kriegskasse” leeren und den Krieg schnell beenden. Neunmal wurde dies im vergangenen Jahr von EU-Verantwortlichen verkündet – bei jedem der neun Sanktionspakete.
Kein einziges Ziel wurde erreicht. Putin wurde nicht von der Invasion abgeschreckt, Russland wurde nicht ruiniert, die “Kriegskasse” wurde nicht geleert – und der Krieg wurde nicht beendet. Im Gegenteil: Auf dem Höhepunkt der Sanktionswelle im Herbst ist er immer mehr eskaliert.
Quelle: Lost in Europe
11. **Emmanuel Todd: Der Dritte Weltkrieg hat bereits begonnen**
Der französische Historiker Emmanuel Todd, der dem Niedergang der USA bereits 2002 ein Buch gewidmet hatte, sieht diese unter Zeitdruck. In einem Interview mit der

Zeitung Le Figaro sagte Todd: “Biden muss sich jetzt beeilen. Amerika ist zerbrechlich, und der Widerstand der russischen Wirtschaft schiebt das imperiale System der USA auf den Abgrund zu.” Den schwindenden Einfluss auf der Welt versuchten sie auszugleichen, indem sie ihre “ursprünglichen Protektorate” stärker unter Druck setzten:
“Wenn die russische Wirtschaft langfristig den Sanktionen widersteht und es ihr gelingt, die europäische Wirtschaft auszubluten und mit chinesischer Unterstützung zu überleben, dann wird die monetäre Kontrolle der USA über die Welt zusammenbrechen und mit ihr die Möglichkeit der USA, ihr ungeheures Handelsdefizit für beinahe nichts zu finanzieren. Dieser Krieg ist für die USA existenziell.”
Todd ist überzeugt, dass der Dritte Weltkrieg bereits begonnen hat:
“Es ist offenkundig, dass der Konflikt, ursprünglich ein begrenzter Territorialkrieg, sich zu einer globalen wirtschaftlichen Konfrontation zwischen dem ganzen Westen auf der einen und Russland, unterstützt von China, auf der anderen [Seite] entwickelt hat, ein Weltkrieg geworden ist.”
Er wagt sogar eine Zeitprognose und spricht von fünf Jahren. Nachdem Todd schon in seinem Buch von 2002 den Europäern geraten hatte, auf Abstand zu den Vereinigten Staaten zu gehen, aber genau das Gegenteil erfolgt ist, sieht er die Lage für Europa pessimistisch. “Wir zählen die Quadratkilometer, die die Ukrainer eingenommen haben, während die Russen auf den Absturz der europäischen Wirtschaften warten. Wir sind ihre Hauptfrontlinie.”
Quelle: Dagmar Henn in RT DE

dazu auch: **Die Eliten haben entschieden: Europa zieht in den Krieg gegen Russland**
Hat der Dritte Weltkrieg schon begonnen? Steht er unmittelbar bevor? Zwischen diesen zwei Standpunkten verläuft die aktuelle Debatte, an einen friedlichen Ausgang der Krise glaubt dagegen kaum noch jemand. Ein Beitrag aus russischer Sicht. (…)
Eines Tages werden Geschichtsbücher berichten, wie oft in den letzten Jahren die Präsidenten und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten das Wort “Krieg” wiederholt haben. Nicht zufällig nahm es Emmanuel Macron schon im Zusammenhang mit steigenden Coronavirus-Infektionen vor drei Jahren in den Mund. “Wir befinden uns im Krieg”, sagte er damals. Diese Worte verliehen ihm – selbst vor dem Hintergrund eines rein medizinischen Problems – eine noch nie dagewesene Autorität und Macht, die Macron in vollem Umfang ausgenutzt hat.
Nicht anders verhielt es sich im auf Demokratie und allerlei “fortschrittliches Zeugs” stolzen Deutschland. Wie auch in Rom, Madrid oder überall sonst in der gesamten EU. Jeder Widerspruch gegen die Narrative der Behörden und des Mainstreams wurde

unterdrückt, unter Einsatz einer Vielzahl von Mitteln. Diejenigen, die am hartnäckigsten ihre Ansichten vertraten und nicht mit den Machthabern übereinstimmten, verloren Arbeitsplätze und Dienstgrade. Die Aufmüpfigen wurden unter vielfältigen Vorwänden mit Repressionen überzogen. Dabei waren es nicht einmal Revoluzzer und Systemfeinde: Es waren Professoren, medizinische Koryphäen und bedeutende Virenspezialisten, darunter sogar ein Nobelpreisträger, die plötzlich zu Aussätzigen erklärt wurden.
Die "COVID-19-Pandemie" war ein gelungenes Experiment: Nachdem das europäische Establishment Mittel der Unterdrückung erfolgreich getestet und alle Medienkanäle off- und online "auf Linie" gebracht sind und gehorsam den von der Spitze geforderten Standpunkt verbreiten, braucht es öffentlichen Widerspruch nicht mehr zu fürchten. Entsprechend gleichgültig ist das Establishment gegenüber Meinungsumfragen heute, wo Russland gegen die Globalisten einen Kampf um Leben und Tod führt, weil es weiß, wie schnell und leicht der in der Europäischen Union lebende einfache Mensch in beliebige Richtung "propagierbar" ist.
Auf jede kritische Frage reicht heute diese eine Antwort: "Putin ist schuld." Mit Entscheidungen und Handlungen Russlands wird heute jedes rein innenpolitische Problem erklärt.
Quelle: Elena Karajewa in RT DE

12. **Neue Spionageschiffe: Teurer Auftrag trotz "erheblicher Bedenken"**
Trotz Warnungen des Bundesrechnungshofes hat der Bund nach Recherchen von WDR, NDR und SZ einen Zwei-Milliarden-Auftrag ohne detaillierte Leistungsbeschreibung vergeben. Nun droht eine Kostenexplosion. Nutznießer ist einmal mehr eine Bremer Werft.
Quelle: tagesschau
13. **Diskussion um Gewaltvorwürfe in Lützerath**
Die Veranstalter der Demo und Sprecher der Lützerather Aktivisten warfen hingegen der Polizei Gewaltexzesse vor. Bei der Großdemonstration am Samstag seien Menschen "mit purer Gewalt" aufgehalten worden, sagte Indigo Drau von der Initiative "Lützerath lebt". Eine Sprecherin des Sanitätsdienstes der Demonstranten sagte, Beamte hätten "hemmungslos" auf Demonstrierende eingeprügelt. Die Polizei habe "systematisch auf den Kopf von Aktivistinnen und Aktivisten geschlagen".
Von den Aktivisten wurde die Zahl der Verletzten seit Beginn der Polizeiaktionen auf rund 300 geschätzt. Es habe zahlreiche lebensbedrohliche Situationen gegeben. Einen genauen Überblick habe man sich noch nicht verschaffen können. Allein am Samstag seien aber "mindestens 90 Personen" verletzt worden, sagt Bente Opitz, Sprecherin von "Lützerath lebt".

Die Polizei nannte keine Zahl verletzter Demonstranten und Aktivisten, bestätigte aber, dass am Samstag neun Demonstranten mit Rettungswagen in Krankenhäuser gebracht worden seien. Lebensgefahr habe nicht bestanden. Zur Verifizierung hat der WDR vier angrenzende Krankenhäuser kontaktiert. Eine Bestätigung, dass dort lebensgefährlich verletzte Demonstrierende eingeliefert wurden, gab es nicht.
Quelle: WDR

14. **Talkshows dienten einst der Show und der Meinungsbildung. Spätestens seit der Flüchtlingskrise geht es meist um die richtige Haltung, wie bei Anne Will**
Nach Frank Plasberg hört auch Anne Will als Talkmasterin auf. Wenn die deutschen Talkshows im öffentlichrechtlichen Fernsehen relevant bleiben wollen, braucht es wieder mehr geistige Offenheit. […]
Talkshows in den quotenstarken Fernsehsendern funktionieren wie die Musikauswahl populärer Radiosender: Die Zuschauer wollen die immer gleichen Gäste sehen und hören, weil sie sich mehrheitlich nicht für neue Köpfe interessieren. Das jüngste Beispiel bot in der Pandemie der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach. Viele schalteten ein, weil sie ihn für einen Experten hielten. Andere betrachteten ihn wie einen Unfall, wo man einfach nicht wegsehen konnte. So wurde Lauterbach zum Glücksfall für die Talkshow-Redaktionen, keineswegs nur für Markus Lanz im ZDF. […]
Am vergangenen Freitag kündigte Anne Will die Einstellung ihrer Talkshow zum Ende dieses Jahres an. In den vergangenen Jahren hat sie bei ihrer Gästeauswahl mehr «Haltung» demonstriert als journalistischen Ehrgeiz bewiesen. So lud sie in ihrer letzten Sendung vor Weihnachten zu dem Thema «Razzia bei ‹Reichsbürgern› – Wie gross ist die Terrorgefahr durch Staatsfeinde?» fünf Gäste ein, deren Positionen sich bei der Bewertung dieses Risikopotenzials nur in Nuancen unterschieden. Dafür hatte sie jeweils den besten Sendeplatz im deutschen Fernsehen nach dem sonntäglichen «Tatort», der vor allem in der Baby-Boomer-Generation zuverlässige Einschaltquoten garantiert.
Nach dem Rückzug von Frank Plasberg bei «Hart aber fair» ist es der zweite Wechsel im Talkshow-Angebot der ARD. Man wird sehen, ob die Nachfolger dieser Journalisten-Generation mehr zu bieten haben, als ihren Kampf um Deutungshoheit einem immer kleiner und älter werdenden Publikum zu vermitteln. Dafür braucht niemand die einmal als «Demokratieabgabe» titulierten Rundfunkgebühren. Für eine «Meinungsbildungsabgabe» könnte es dagegen selbst in unserem fragmentierten Mediensystem weiterhin einen Bedarf geben.
Quelle: Frank Lübberding in der NZZ